



18. März 2016

Ausgabe 03/2016

Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

mit Spannung habe ich am Wahlsonntag vor dem Fernseher gesessen und den Ergebnissen der Landtagswahlen entgegengefiebert. So sehr ich mich über das Ergebnis von Malu Dreyer gefreut habe, so sehr war ich auch betroffen über unsere Verluste in den beiden anderen Ländern und das Abfischen der AfD.

In einer Telefonschleife gegen 18.00 Uhr hatte ich zum Glück die Chance, mich mit anderen Abgeordneten über diese drei ganz unterschiedlichen Ergebnisse direkt auszutauschen.

Landtagswahlen – und nun?

Die Stimmung war während der Fraktionssitzung am Dienstag ruhig und besonnen. Das ist selten – tut aber in diesen Tagen gut. Eine überzogene Hektik oder der Schrei nach personellen Konsequenzen hätte uns an dieser Stelle nicht weitergebracht. In meinem Redebeitrag machte ich deutlich, was ich von den Ortsvereinen in meinem Wahlkreis in den letzten Wochen mitgenommen habe:

Die SPD muss noch stärker unterstreichen, wofür sie steht. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Ausgleichs. Nur wenn wir klar in unserem Handeln sind, können wir die Menschen von uns überzeugen.

Wir werden weiter daran arbeiten, unsere Vorhaben im Koalitionsvertrag umzusetzen. Dazu gehören die Solidarrente für Kleinverdiener, die Reform der Erbschaftssteuer und die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit. Wir müssen verhindern, dass die Lebensumstände in unserer Gesellschaft weiter auseinander klaffen. Deshalb dürfen wir uns in diesen Punkten nicht von der Union blockieren lassen.

Wir brauchen mehr Wohnungen, auch in Dortmund!

Wohnungsmangel führt zu steigenden Mieten – das trifft insbesondere die Ärmere in der Gesellschaft hart. Deswegen finden sich bereits im Koaliti-

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann
 @bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04
 @bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>



onsvertrag auf drei Seiten Vorschläge, wie das Ansteigen von Mieten verhindert werden kann und was wir tun können, um den Neubau zu fördern. Die Mietpreisbremse konnten wir bereits durchsetzen.

Diese Woche stellte unsere Bundesbauministerin nun ein 10-Punkte-Programm im Parlament vor, mit dem der Wohnungsbau angekurbelt werden soll. Jährlich 350.000 neue Wohnungen, so lautet das Ziel – bisher sind es 270.000. Barbara Hendricks möchte mit ihrem Plan u.a. die Bereitstellung von Bauland vereinfachen. Genossenschaftliches Wohnen soll gestärkt und Baulücken geschlossen werden.

Mit den meisten Punkten bin ich vollkommen einverstanden – mit einem jedoch nicht. Die steuerliche Förderung von Wohnungsneubau soll nämlich nur Städten zu Gute kommen, in denen sowohl die Nachfrage als auch die Mieten sehr hoch sind. In Dortmund fehlen zwar Wohnungen, aber unsere Mieten sind nicht so hoch wie zum Beispiel in Düsseldorf, Aachen oder Bonn. Daher gibt es nach dem Willen des Finanzministers für Dortmund keine steuerliche Förderung des Wohnungsbaus.

Ich habe in dieser Woche in meiner Fraktion einen Beschluss herbeigeführt, dass der entsprechende Gesetzentwurf geändert wird. Jetzt muss noch die CDU/CSU mitziehen. Eine Förderung hat sich am Bedarf auszurichten. Bei einem Leerstand von nur 2 Prozent ist der in unserer Stadt auf jeden Fall gegeben.

Aufruf zur Wahrung der Pressefreiheit an Erdogan

Europa braucht die Türkei bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Wir wollen, dass die Türkei die Schlepperbanden bekämpft, die Flucht über das Meer verhindert, Syrer, Iraker und Afghanen bei sich zu humanen Bedingungen aufnimmt. Es ist klar, dass die Türkei dies nicht ohne europäische Unterstützung bewältigen kann. Und sie stellt Gegenforderungen.

Inwiefern diese gerechtfertigt sind und in welcher Höhe, wurde bereits viel diskutiert. Sicherlich wird man einen Kompromiss finden. Keinen Kompromiss dürfen wir jedoch bei den demokratischen Grundrechten machen. Immerhin möchte Präsident Erdogan sein Land in die EU bringen. Gleichzeitig führt er aber Krieg gegen die Kurden im Südosten seines Landes, schränkt die Meinungs- und Pressefreiheit ein und verfolgt Journalisten.

Diese Woche habe ich daher einen gemeinsamen Brief von 133 Abgeordneten an Präsident Erdogan unterzeichnet. In diesem setzen wir uns dafür ein, dass er die Verfolgung zweier Journalisten einstellt, die unlängst von einem Gericht freigesprochen wurden. Denn der türkische Präsident hatte angekündigt, dass er das Urteil nicht akzeptieren werde. Damit setzt er seinen Angriff auf die Pressefreiheit unter Missachtung der Rechtsprechung fort. Das sollten wir nicht hinnehmen. Auch wenn wir auf die Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung angewiesen sind, müssen wir unsere eigenen Werte hochhalten.



Pflegeberufe attraktiver machen

Unsere Gesellschaft wird älter. Das heißt: Immer mehr Menschen müssen gepflegt werden. In Senioreneinrichtungen übernehmen das Altenpfleger/innen. Sie sind speziell für den Umgang mit älteren Menschen ausgebildet. Im Krankenhaus hingegen arbeiten Krankenpfleger/innen. Es ist jedoch keineswegs selten, dass ältere Menschen in einer Pflegeeinrichtung auch chronisch krank sind. Und hier stößt die derzeitige kleinteilige Regelung der Pflegeberufe an ihre Grenzen. Natürlich brauchen gute Krankenpfleger/innen Schulung im Umgang mit alten Menschen und selbstverständlich benötigen Altenpfleger/innen medizinische Kenntnisse. Das wollen wir mit der Reform der Pflegeberufe erreichen.

Die neue Pflegeausbildung soll auf einen Einsatz in allen Arbeitsfeldern der Pflege vorbereiten. Damit werden Wechsel zwischen den einzelnen Pflegebereichen einfacher. Natürlich können sich die zukünftigen Pflegekräfte auch weiterhin spezialisieren. Durch einheitliche Grundkenntnisse haben Pfleger/innen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und die Pflegebedürftigen profitieren von einer besseren Betreuung.

Behindertenrechte stärken

Menschen mit körperlichen Einschränkungen werden durch ihre Umwelt oft behindert. Viele Barrieren existieren, weil besondere Bedürfnisse einfach nicht bedacht werden. Treppen ohne Rampe sind für Rollstuhlfahrer ein Hindernis, das sie allein nicht überwinden können. Wegweiser ohne Blindenschrift sind für Menschen mit Sehbehinderung nutzlos.

Wenn wir Menschen mit Behinderung nicht ausgrenzen wollen, müssen wir die nötigen Voraussetzungen schaffen. Der Staat muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Das soll unter anderem mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts erreicht werden. Diese Woche wurde es im Bundestag diskutiert. Darin wird festgelegt, dass Menschen mit Behinderung von öffentlichen Stellen nicht benachteiligt werden dürfen. Bis 2021 müssen alle Bundesbehörden über den Stand der Barrierefreiheit in ihren Gebäuden berichten. Anschließend werden Pläne für den zügigen Abbau von Barrieren erstellt und umgesetzt. Bisher musste Barrierefreiheit nur bei Neubauten gewährleistet sein. Es reicht allerdings nicht aus, Barrierefreiheit nur in öffentlichen Gebäuden zu gewährleisten. Der private Sektor sollte sich ebenso beteiligen.

Keine leichte Kost im TTIP-Leseraum

Lange Zeit war es uns Abgeordneten fast unmöglich, den TTIP-Verhandlungen zu folgen. Wir hatten keinen Zugang zu den Dokumenten, auf deren Basis der endgültige Vertrag entstehen soll. Seit einem Monat gibt es nun die Möglichkeit, in einem Leseraum im Wirtschaftsministerium die Vorschläge der Verhandlungspartner einzusehen. Davon habe ich am Donnerstag Gebrauch gemacht.

Meiner Meinung nach ist der Leseraum ein wichtiger Schritt, damit wir Abgeordneten uns ein konkretes Bild machen können. Ich bedauere es aber, dass wir unsere Mitarbeiter nicht mitnehmen können und auch nicht über



die Inhalte sprechen dürfen. Das macht eine Auseinandersetzung auf Arbeitsebene unmöglich.

Positiv ist, dass uns Abgeordneten ein Übersetzer zur Verfügung steht. Denn juristische Texte sind ohnehin schon schwierig zu lesen. Im Englischen jedoch wird das Ganze gleich nochmal schwerer. Für die Inhalte selbst braucht man volle Konzentration, denn immerhin handelt es sich um Texte, die die Beziehungen der zwei größten Wirtschaftsräume der Welt ordnen sollen. Wer hier leichte Kost und schnelle Information sucht, ist fehl am Platze. Sicher ist, das Thema wird uns noch lange begleiten und es bedarf weiterer Diskussionen.

Vorerst kein Tunnel für Dortmund

Der Bundesverkehrswegeplan regelt welche Straßen, Bahnverbindungen oder Wasserwege in den kommenden Jahren von der Bundesregierung finanziert werden. Nur alle 15 Jahre wird eine solche Planung gemacht. NRW bekommt als bevölkerungsreichstes Land den Löwenanteil von 12,95 Milliarden Euro. Auch Dortmund ist mit einigen Planungen vertreten.

Leider gibt es auch eine schlechte Nachricht. Der B1-Tunnel wird in den Planungen für Dortmund nicht als vordringlich eingestuft. Wenn es dabei bleiben sollte, ist ein Bau des rund 2,2 Kilometer langen Projektes von der Märkischen Straße bis Höhe B236n vor 2030 nicht möglich. Ich werde alles daran setzen, die Bedeutung des Tunnels für die Menschen in Dortmund im Bundestag deutlich zu machen. Am Montag beginnt das Verfahren zur Bürgerbeteiligung. Hier können alle ihre Meinung, Hinweise und Vorschläge zu den Projekten abgeben. Beteiligt euch unter folgendem Link:
<http://bit.ly/1pvAFiT>

In den letzten beiden Wochen habe ich viele Termine in Dortmund wahrgenommen. Von ThyssenKrupp über das FABIDO Familienzentrum Stollenstraße, das Knappschaftskrankenhaus, die Werkstatt über den Teichen bis zu OV-Versammlungen und einem Fest bei der AWO. In Dortmund ist doch immer was los! Auf viel Resonanz bin ich auch bei meiner Sportveranstaltung gestoßen, zu der ich Dortmunder Vereine eingeladen hatte. Jetzt freue ich mich auf die Osterferien und meine Familie!

Viele bunte Eier und ein schönes Osterfest
wünscht euch eure,

Sabine

